

# Stellungnahme zur Vernehmlassung 2025/81: Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie ([www.fidd.ch](http://www.fidd.ch))

## 1. Gegenstand

- **Behörde:** Parlamentarische Kommissionen
- Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat beschlossen, zum direkten Gegenentwurf zur Neutralitätsinitiative, wie ihn der Ständerat am 19. Juni 2025 beschlossen hat, eine Vernehmlassung durchzuführen.
- Datum der Eröffnung: 23.09.2025
- **Frist: 23.12.2025**
- **Betroffene SR Nummer(n):** [101](#)

## 2. Grundsätzliche Überlegungen

Ein erläuternder Bericht sollte eine Auslegeordnung machen und die Argumente von allen Akteuren einbringen. Das macht der «erläuternde Bericht» in der vorliegenden Form in keiner Weise. Die «Botschaft des Bundesrates» wird extensiv und durchwegs positiv erläutert. Die «Auswirkungen bei einer Annahme der Initiative» werden breit und einseitig diskutiert. Seit über drei Jahren gibt es zum Thema der Schweizer Neutralität eine intensive Debatte. Die Befürworter der Initiative sollten im Bericht mehr Gewicht erhalten.

## 3. Zu einzelnen Abschnitten, speziell zu 4.2 Auswirkungen bei einer Annahme der Initiative

Die Autoren des Berichts schreiben, dass die Annahme der Initiative zu einer «klaren Kursänderung der Schweizer Neutralität» führe. Das ist im Grundsatz richtig. Weiter heisst es: «Die Neutralität war nie starr und ein Selbstzweck, sondern sie hat sich seit ihren Anfängen aus dem zeitgenössischen Kontext ergeben [...]» Studiert man die Geschichte der Schweizer Neutralität nicht nur oberflächlich, sondern in einem vertiefenden Sinn, stellt man folgendes fest (siehe auch Anhang 1):

Die Schweizer Neutralität besass seit ihren Anfängen nie bloss einen, wie die Autoren schreiben, «instrumentellen Charakter» oder passte sich willkürlich den historischen Umständen an. Sie war für die innen- wie aussenpolitische Festlegung der Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft essentiell. Nur als neutraler Staat vermochte die Schweiz den Aufbau von unten nach oben konsequent zu gestalten (Genossenschaftsprinzip), einen föderalistisch-subsiidiären Bundesstaat zu entwickeln und die direkte Demokratie mit Initiative und Referendum auf allen politischen Ebenen zu verankern.

Der Bericht bemerkt zum Initiativtext lediglich: «Mit der Verankerung der Neutralität als Grundsatz der Aussenpolitik reduziert sich der Handlungsspielraum für die Nutzung der Neutralität, da sie nicht mehr als reines Instrument zur Erreichung von aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Zielen eingesetzt werden könnte».

An diesem Beispiel, und es finden sich viele im «erläuternden Bericht», zeigt sich deutlich die reduktionistische und utilitaristische Sichtweise der Autoren hinsichtlich der Schweizer Neutralität.

Die Autoren gehen dann auf zwei Abschnitte der Neutralitätsinitiative genauer ein. Dies sind die beiden Abschnitte, welche der «direkte Gegenvorschlag» streichen will (Abschnitt zwei und drei der Neutralitätsinitiative).

Zuerst geht es um «Einschränkungen in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit». Im erläuternden Bericht heisst es dazu: «Die Annahme der Initiative würde einen sicherheitspolitischen Kurswechsel bedeuten.» Ja, das strebt die Initiative an, um die weitere Annäherung der Schweiz an die Nato zu unterbinden. Das würde nicht heissen, dass Schweizer Offizielle nicht mehr im sicherheitspolitischen Bereich mit den Nachbarländern oder der Nato sprechen dürften. Aber «sky shield» und Ähnliches sowie auch die Übernahme von militärischen EU-Strukturen (PESCO) wären nicht mehr möglich.

Weiter geht es um «Einschränkungen in der Sanktionspolitik». Im Wortlaut: «Sanktionen sind heute ein wichtiges Instrument der Staaten, um auf Völkerrechtsverletzungen zu reagieren.» Leider werden Sanktionen im Sinne eines Wirtschaftskrieges immer noch eingesetzt, obwohl sie nicht viel nützen. Wie eine ausführliche Studie in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift «The Lancet» belegt, sind Sanktionen für mehr Tote verantwortlich als die eigentlichen Kriege (siehe Anhang 2). Zudem verlängern Sanktionen Konflikte und treffen primär die arme Zivilbevölkerung. Die reiche Elite findet immer Wege, um Sanktionen zu umgehen. Im Bericht heisst es weiter,

dass Sanktionen, «der Aufrechterhaltung einer friedlichen und gerechten internationalen Ordnung» dienen. Die Verhängung resp. das Mittragen von Sanktionen wird bisher allerdings willkürlich gehandhabt. Gegen Russland gibt es EU-Sanktionen, wieso nicht gegen die USA, die immer wieder das allgemeine und das humanitäre Völkerrecht massiv verletzen? Deshalb ist es für ein neutrales Land wichtig, «nichtmilitärische Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten», wie es im Initiativtext heisst, konsequent abzulehnen.

#### **4. Fazit**

Der «direkte Gegenvorschlag» ist abzulehnen, die Initiative ist vollumfänglich zu unterstützen. Nur so kann die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit punkto Neutralität wieder zurückgewinnen.

Dr. phil. René Roca  
Forschungsinstitut direkte Demokratie  
info@fidd.ch  
www.fidd.ch

**Anhang 1:** Dr. phil. René Roca, Die Schweizer Neutralität – ein Friedensprojekt erster Güte

**Anhang 2:** Studie zur Wirkung von Sanktionen (The Lancet)